

leitung der Partei der Arbeiterklasse, die die Auswertung unseres Berichts in allen Kreisleitungen mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates veranlaßte.

Unsere Forderungen auf Herstellung der Gesetzlichkeit wurden vom Rat des Kreises voll anerkannt und führten zu konkreten Beschlüssen zur Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit.

Dieser Brigadeinsatz hat zu einem Aufschwung in der Arbeit der beteiligten Staatsanwälte geführt. Der Kreisstaatsanwalt in Jessen erhielt den Auftrag, weiterhin in der LPG „Karl Marx“ operativ zu arbeiten, bis dort sichtbare Ergebnisse zu verzeichnen sind. Bei der Lösung dieser Aufgaben hat er noch weitere Statutverletzungen aufgedeckt und hilft dadurch bei der Festigung und weiteren Entwicklung der LPG.

Ähnlich positive Ergebnisse im Produktionsaufgebot erzielten auch Kreisstaatsanwaltschaften unseres Bezirks. So untersuchte der Staatsanwalt des Kreises Lübben die Ursache dafür, daß in einigen Gemeinden der 100-ha-Besatz an Vieh zurückging. Dabei stellte er fest, daß einige Mitglieder der LPG Typ I ihren Viehbestand systematisch reduzieren, so daß die Weiterentwicklung der tierischen Produktion nicht gewährleistet ist. Dabei nutzen diese Bauern die günstigen Aufkaufpreise in spekulativer Weise zur Erlangung persönlicher Vorteile aus. Hier ist es notwendig, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch mit strafrechtlichen Mitteln zu schützen und derartiger Spekulation einen Riegel vorzuschieben.

Das Ziel) des Brigadeinsatzes in der LPG „Karl Marx“ ist in vollem Umfange erreicht worden. Es wurden entscheidende Hemmnisse für die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft aufgedeckt und prinzipiell geklärt, daß diese Hemmnisse auf Gesetzes- und Statutverletzungen beruhen. Die Feststellungen in der LPG „Karl Marx“ sind mehr oder weniger für eine Reihe anderer Genossenschaften und staatlicher Organe zutreffend. Nun kommt es für die Staatsanwälte vor allem darauf an, auf die örtlichen Räte einzuwirken und ihnen bei der Erfüllung der Leitungsaufgaben zu helfen, ohne jedoch ihre Aufgaben selbst zu übernehmen.

#### IV

Die Ergebnisse der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED haben uns in der Gewißheit bestärkt, daß die einheitliche Orientierung der Arbeit der Staatsanwälte auf

Dr. GÜNTER LEHMANN, Stellvertreter des Staatsanwalts des Bezirks Schwerin  
PETER KROHN, Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Schwerin

## Das sozialistische Recht als Mittel zur Durchsetzung der genossenschaftlichen Demokratie

Die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik werden in historisch kürzester Frist unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Aufbau des Sozialismus vollenden und mit dem Aufbau des Kommunismus beginnen<sup>1</sup>. Sie vollziehen damit einen alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens umfassenden gesetzmäßigen Umwälzungsprozeß und haben dabei bereits große Erfolge errungen.

<sup>1</sup> vgl. W. Ulbricht, „Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der DDR“, Bericht auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED, Neues Deutschland vom 26. u. 28. November 1961.

die Durchsetzung des Produktionsaufgebots richtig war und ist. In seinem Bericht über den XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik erklärte Genosse Walter Ulbricht: „Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ist das allerwichtigste“, und im Beschluß erhebt das Zentralkomitee die Forderung: „Die gesamte Arbeit muß auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben konzentriert werden.“<sup>1,2</sup>

Diese Forderung gilt auch für die Staatsanwaltschaft, wobei es unsere besondere Aufgabe ist, die Rolle der Gesetzlichkeit als Grundlage für die gesamte Leitungstätigkeit im Staatsapparat, in den Betrieben und LPGs hervorzuheben. Unsere Tätigkeit muß dazu beitragen, mit der Duldsamkeit gegenüber Mißständen und Mängeln, die auf Gesetzesverletzungen beruhen. Schluß zu machen.

Die Brigadeeinsätze haben bestätigt, daß Erfolge in der sozialistischen Erziehung der Werktätigen vor allem dann erzielt werden, wenn der Staatsanwalt „Mängel in der Leitung nicht vom Standpunkt unbeteiligter Leute kritisiert, die nur Feststellungen treffen“. Unser Beitrag zur Unterstützung des Produktionsaufgebots ist ohne enge Verbindung mit den Werktätigen, ohne Kenntnis ihrer Sorgen und Probleme und ohne ihr Verständnis und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an unserer Arbeit nicht denkbar. Wir müssen das Produktionsaufgebot als unsere eigene Sache betrachten und dürfen nicht außerhalb des Geschehens stehen.

Die von uns durchgeführten Maßnahmen sind ein Anfang, mit dem wir weder allumfassend noch fehlerfrei die Aufgaben angepackt haben, die aus dem Produktionsaufgebot für die Staatsanwaltschaft erwachsen. Ein schnelleres Reagieren der zentralen Justizorgane — auch der „Neuen Justiz“ — auf diese bedeutsame Maßnahme hätte für uns eine große Hilfe bedeutet. Wir sind der Ansicht, daß neben Artikeln zu politisch-fachlichen Grundsatzfragen mehr Beiträge veröffentlicht werden müssen, aus denen sich ergibt, wie die theoretischen Erkenntnisse in der Praxis Verwirklicht werden und wie andere Dienststellen der Justizorgane die gemeinsamen Aufgaben lösen. Wir würden es begrüßen, wenn zukünftig in unserer Fachzeitschrift dem Erfahrungsaustausch der Praktiker mehr Raum gegeben würde.

<sup>1</sup> Vgl. Neues Deutschland vom 28. November 1961, S. 1 und 3.

<sup>2</sup> vgl. „Das Allerwichtigste“, Neues Deutschland vom 2. Dezember 1961, S. 1.